|  |  |
| --- | --- |
| SoVD NRW e.V. · Erkrather Str. 343 · 40231 Düsseldorf  |  |
|  |  |
|  |  |

PRESSEMITTEILUNG

10. Mai 2023

*Abstimmung im Bundesrat: Dringender Appell an die NRW-Landesregierung*„Wir dürfen diese gemeinsame Chance für mehr Inklusion auf dem Arbeitsmarkt nicht verpassen!

Landes- und Bundesverband des SoVD (Sozialverband Deutschland) haben die NRW-Landesregierung in einem gemeinsam verfassten Brief eindringlich dazu aufgefordert, das Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts im Bundesrat nicht zu blockieren. Das Gesetz steht an diesem Freitag in der Länderkammer zur Abstimmung, dem Vernehmen nach wollen die sogenannten „B-Länder“ ihre Zustimmung aber verweigern. „Wir dürfen diese gemeinsame Chance für mehr Inklusion auf dem Arbeitsmarkt nicht verpassen“, warnt der SoVD hingegen in dem Schreiben des SoVD, das an den NRW-Ministerpräsidenten Hendrik Wüst, an NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann und an Landeswirtschaftsministerin Mona Neubauer adressiert wurde.

Trotz verschiedener Programme und Initiativen würden Menschen mit Behinderung immer noch nicht von der insgesamt positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt profitieren. Stattdessen beschäftige jeder vierte Arbeitgeber in Deutschland keinen einzigen schwerbehinderten Menschen - und dies trotz des eklatanten Fachkräftemangels. Mit dem nun vorliegenden Gesetz würde dafür gesorgt, dass all jene Arbeitgeber eine deutlich erhöhte Ausgleichsabgabe zahlen müssen, die tatsächlich keinen einzigen behinderten Menschen einstellen. Das sei ein wichtiger Schritt zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe, heißt es in dem Schreiben, das von Franz Schrewe, dem Landesvorsitzenden des SoVD NRW, mitverfasst wurde. Auch, dass die Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe zukünftig ausschließlich zur Förderung der Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt verwendet werden sollen, sei angesichts der hohen Arbeitslosigkeit behinderter Menschen nur folgerichtig.